Schallgedämpftes Spektakel

TV-Moderator Nowottny über Reagan — Carter im Fernsehen

Es war ein Lehrstück. Das Duell — es war ein Gipfel. Endlich wissen wir in Europa, wie Fernsehen gemacht wird. Politisches Fernsehen für Zuschauer. Und die deutschen Staatsmänner werden hoffentlich auch zugeschaut haben. Carter und Reagan zeigten, wie man mit Journalisten umgeht.

Da saßen nicht die leitenden Angestellten der parteinahen Systeme, da saßen diese uns Europäern als leuchtendes Beispiel vor Augen gehaltenen scharfen Frager der Medien. Mit ihnen steht man auf vertraulichem Duzfuß, oder worauf auch immer. „Hallo, Barbara!"

Wir, die wir noch immer die Blessuren des Bundestagswahlkampfes kühlen, können uns rehabilitiert fühlen. Jetzt endlich weiß das vom Fernseh-Wahlgetümmel vergrätzte Millionenpublikum, was es selbst an einem Reinhard Appel und Carl Weiss hat. Und an all den anderen Mitstreitern des TV-Wahlkampfes in der Bundesrepublik. Sind oder waren wir nicht alle unter den im öffentlich-rechtlichen System obwaltenden Eigentumsansprüchen der Parteien ganze Bündel kritischer Distanz? Haben wir denn nicht wenigstens den Versuch gewagt, Widerspruch einzulegen, wenn Schmidt und Strauß, Geißler und Bahr, Kohl und Brandt und Genscher die Kanal-Chancen ohne Rücksicht auf die ihnen gestellten Fragen nutzen wollten? Wir haben. Mehr oder weniger. Zugegeben! Aber wir haben.



Nowottny

Nichts davon in Cleveland. Da saßen vier Höchstverdiener unserer Branche und lasen ihre vorgefertigten Fragen brav ab, durften im ersten Teil der Befragung noch einmal kurz nachfragen, und das war's. Kritischer Journalismus.

Gut, wir haben das Pech oder wir haben das Glück, daß sich mindestens immer vier deutsche Parteien mit ihren Spitzenkräften um die Sendeminuten raufen. Dort, in Cleveland, waren es nur zwei: der Präsident und der Präsidentschaftskandidat. So wird es wohl auch bleiben. Hüben wie drüben.

Eines hat der Abend erbracht: Wir sind Carter und Reagan nähergekommen. Wir wissen nach der langen Nacht mehr von beiden als zuvor. Zumindest der amtierende Präsident nannte auch einen seiner Ratgeber in schweren Zeiten: Tochter Amy.

Für sie sind nukleare Waffen die wichtigste Frage. Franz Josef Strauß hat sich nie auf seine Tochter berufen. Oder auf seine Söhne. Das tat er zumeist nach der Sendung im kritischen Gleichklang mit seinem Sohn Franz Georg über die politische Voreingenommenheit von TV-Regisseuren.

Und die Zuschauer in den USA? Die Zahlenangaben über ihr Interesse an der wohl größten Wahlkundgebung dieser US-Kampagne schwanken zwischen 100 und 120 Millionen. Wurden ihre Fragen gestellt? Hätten sie Carter und Reagan so oder so ähnlich gefragt, wie es die vier Sterne der US-Publizistik getan haben? Die Reaktionen, soweit auch in Europa erkennbar, lassen auf Ratlosigkeit der Wähler schließen. Das Duell hat ihnen kaum bei ihrer Meinungsbildung geholfen. Parteigänger bleiben wohl auch in den USA Parteigänger. Auch nach dem schallgedämpften Spektakel.

Vielleicht hat das „Duell" einen Mobilisierungseffekt. Das werden wir erst am Wahltag, dem 4. November, wissen. Jimmy Carter wurde bei einer Wahlbeteiligung von 54,3 Prozent Präsident. Reagan könnte es mit weniger werden oder Carter bleiben.

Es war gut, daß beide deutsche Fernsehkanäle den Fernsehauftritt aus Cleveland gesendet haben. Auch der politisch interessierte deutsche Zuschauer weiß jetzt, was ihn erwartet.

Ist die Sendeform nachahmenswert? Sie ist auf die Bundesrepublik nicht übertragbar. Sie hatte etwas vom amerikanischen „Playboy"-Sex der sechziger Jahre. Sie vermittelte gut programmierte Kunstmenschen. Jene, die fragten, und jene, die gefragt wurden.

Ehrlich gesagt, das ist mir zu wenig. Das beste an der Veranstaltung war die Übersetzung. Und die kam vom NDR.

US-WAHL

Ferkel im Arm

Ronald Reagan oder Jimmy Carter? Amerikas Wählern bietet sich eine trostlose Alternative: die Entscheidung für das kleinere Übel.

In einer dunklen Gasse preßt jemand einem Wähler eine Pistole an die Schläfe. Er verlangt eine Entscheidung: „Carter oder Reagan?" Der Bedrohte überlegt ein paar Schrecksekunden, ehe er antwortet: „Drück ab!"

Millionen Amerikaner schmunzelten über den traurigen Wahlwitz, den die „New York Times" zur „Story der Kampagne von 1980" erhob.

Die Story ist zu belegen: Umfragen zufolge wollten 43 Prozent der US-Bürger, die vorhatten, Ronald Reagan ihre Stimme zu geben, damit vor allem *gegen* Jimmy Carter votieren. 34 Prozent der Carter-Wähler begründeten ihre Entscheidung damit, sie seien *gegen* Reagan. Und von denjenigen, die für John Anderson, den chancenlosen dritten Mann, stimmten, wollten 61 Prozent damit vor allem ihren Protest gegen Carter *und* Reagan ausdrücken.

„Wo gibt es eigentlich noch Begeisterung *für* jemanden?" klagte ein Anrufer bei einer Radio-Talkshow in Washington.

Kaum irgendwo. Am Ende eines trostlosen Wahlkampfes stand die trostlose Alternative Jimmy Carter oder Ronald Reagan, mußten sich die Amerikaner, wenn sie überhaupt zur Wahl gingen, in jedem Fall für einen zweitklassigen Kandidaten entscheiden.

Wen sie für das kleinere Übel halten, mochte am Ende sogar allein davon abhängen, ob das Geiseldrama in Teheran noch vor dem ersten Jahrestag zu Ende ging oder nicht. Aber das lag in den Händen der Chaoten in Persien. Kein Carter, kein Reagan konnte sie unter Druck setzen.

Karikaturisten stellten Carter und Reagan als Boxer der müden Mittelklasse dar, Leichtgewichte, die nach 37 Vorwahlen und zwei Monaten Endwahlkampf (Gesamtkosten: rund eine viertel Milliarde Dollar) auf wackligen Beinen zur Entscheidungsschlacht wankten.

Als Titelverteidiger stellte sich nach vier Jahren im Weißen Haus ein gerupfter Jimmy Carter zur Wiederwahl. Er hatte einst eine Inflationsrate von sechs Prozent als „unannehmbar" bezeichnet, weil sie „Familien zerstören" würde; jetzt lag sie bei 12,7 Prozent: Seine vielen Anti-Inflations-Programme waren gescheitert, acht Millionen Amerikaner — 7,5 Prozent der Erwerbsfähigen und in manchen Städten rund die Hälfte der jugendlichen Schwarzen — waren ohne Job.

Und hatte der Erdnuß-Farmer aus Georgia bei seinem Amtsantritt ver-



Wahlkämpfer Carter
Das Jahr des Anti-Helden ...

sprochen, im Verteidigungshaushalt jährlich fünf bis sieben Milliarden Dollar einzusparen, so rühmte er sich nun, mehr für die Rüstung auszugeben als seine Vorgänger: für Flottenstützpunkte im Indischen Ozean, für die Schaffung einer mobilen Einsatztruppe (Rapid Deployment Force) und den Bau des Multimilliarden-Dollar-MX-Raketensystems.

Dem Herausforderer Reagan aber war das alles noch zu wenig und viel zu spät eingeleitet. Er machte Carter verantwortlich für sowjetisches Vordringen nach Angola und Mosambik, nach Äthiopien und Afghanistan. Es sei eine „Erniedrigung und eine Schande" für die Vereinigten Staaten, daß sich nach fast einem Jahr 52 Geiseln noch immer in der Gewalt der iranischen Revolutionäre befänden.

Reagan fragte die Wähler: „Geht es Ihnen heute besser als vor vier Jahren? Ist es leichter geworden, einzukaufen? Gibt es mehr oder weniger Arbeitslosigkeit? Wird Amerika heute so respektiert wie einst?

Dabei ist der einstige Berufsmime, der von seinem Mini-College in Eureka (Illinois) mit einem Ehrendoktorhut „für Erkennen und Entlarven der Kommunisten" in der Filmschauspieler-Gilde dekoriert wurde, auch nicht gerade ein Held der westlichen Welt:

Reagan hatte — rechts, wie sein Herz schlägt — aus fester Treue zu Taiwan Amerikas neue Allianz mit Peking in Frage geschwätzt, hatte stets schnell von amerikanischen Einsatztruppen und Kanonenbooten geredet, wenn irgendwo auf dem Globus eine Krise aufflammte, und wollte die „Trumpfkarte" eines nuklearen Wettrüstens mit Moskau keineswegs aus der Hand geben.

Jimmy Carter schwärzte ihn prompt als Kriegstreiber an und als herzlosen Reaktionär, der die Amerikaner in „Schwarze und Weiße, Juden und Christen, Nord- und Südstaatler" auseinanderdividieren würde, wenn sie ihn ins Weiße Haus wählten.

Statt von seinen eigenen Leistungen und Plänen redete der bedrängte Präsident lieber vom gefährlichen Charakter seines so freundlich aussehenden Rivalen Ronald Reagan.

Carter trieb das so weit, daß sich das Ablenkungsmanöver schließlich gegen ihn selbst richtete. Mitte Oktober sah sich der Präsident gezwungen, seinem Volk im Fernsehen zu versprechen, er werde den Wahlkampf fortan sachlich führen.

Es änderte sich aber kaum etwas. Denn Jimmy Carter ist nun einmal, so der US-Kolumnist Nicholas von Hoffman, der „Prototyp des modernen amerikanischen Politikers, der sich nach einem Amt drängt, das er dann nicht ausfüllen kann".

Zu verteidigen freilich vermochte er es mit einigem Geschick — unter anderem, indem er genau das tat, was er vor vier Jahren seinem Vorgänger und Rivalen Gerald Ford lautstark vorgeworfen hatte: Er nutzte die Machtmittel, über die der Präsident nun einmal kraft seines Amtes verfügt, um im Wahlkampf Punkte zu sammeln. Beispiel:

Im bis zuletzt umkämpften Bundesstaat Pennsylvania lockte Carter die Wähler in Philadelphia, der größten Stadt, mit einem besonders schmackhaften Köder. Er läßt den Flugzeugträger „Saratoga" auf den Werften der Stadt überholen. Das bringt 526 Millionen Dollar und sichere Arbeitsplätze für einen Zeitraum von 28 Monaten.

Um den lukrativen Auftrag hatte sich auch die Stadt Newport News bemüht, aber ohne jede Chance: Newport News liegt im Bundesstaat Virginia, der schon 1976 als einziger Südstaat gegen Carter gestimmt hatte und in dem diesmal Ronald Reagan uneinholbar zu führen schien.

Ausgedacht hatten sich das alles die Manager des Präsidenten. Sie rieten ihm auch, ruhig schon mal ein Geheimnis preiszugeben, um dem Vorwurf entgegenzuwirken, er vernachlässige Amerikas Sicherheit: So erfuhr die Welt davon, daß die USA ein „unsichtbares" Flugzeug entwickelten, welches per Radar nicht zu orten sei.

Sie gliederten auch die Carter-Sippe in den Wahlkampf ein, von Mutter Lillian, 82, bis zur altklugen Tochter Amy, 13, die Carter mit der Erkenntnis zitierte: „Das wichtigste Problem" seien „Atomwaffen und Atomwaffen-Kontrolle". Nur Bruder Billy fiel dem Präsidenten mit seinen Libyen-Kontakten in den Rücken.

Ihn konnten die Verkaufsstrategen des Staatschefs nicht bremsen, die — wie vor vier Jahren schon — unter Führung des Rauhbeins Hamilton Jordan aus dem Hintergrund die Fäden zogen.

Jordan hatte sich zu diesem Zweck von seinem Job als Stabschef des Weißen Hauses beurlauben lassen und war, zusammen mit einer Handvoll seiner besten Mitarbeiter, umgezogen ins Wahlkampf-Hauptquartier in Washingtons L Street.

Dort traf man sich zweimal täglich, um acht und um 14 Uhr, und beriet, ob aufgrund der letzten vertraulichen Umfragen, die in Schlüsselgebieten beinahe täglich erhoben wurden, irgendwelche Kurskorrekturen erforderlich seien.

Chef-Image-Maker Gerald Rafshoon entschied dann, ob noch einmal Sende-



... geht endlich zu Ende: **Wahlkämpfer Reagan (r.)**

zeit bei lokalen Rundfunk- und Fernsehstationen gekauft werden oder aber Vizepräsident Mondale oder gar der Präsident selbst in die Wahlschlacht vor Ort geschickt werden sollte.

Für Provinzstädte wie Pittston in Pennsylvania etwa (11 113 Einwohner) war das dann ein „historisches Ereignis". Mochten die Leute noch so unzufrieden sein mit der Regierung — wenn der Präsident beim „town meeting" in ihrer Turnhalle die Jacke auszog, Bürger mit Vornamen anredete und einem Arbeiter versprach, ihn zu Hause anzurufen, fühlte sich die Region geehrt.

Und nachdem Stanislaw Walesa, der Vater des polnischen Streikführers, auf einer Reagan-Kundgebung in New Jersey erschienen war, wurde er prompt auch ins Weiße Haus eingeladen — obwohl er als Ausländer mit Besuchervisum gar nicht wahlberechtigt ist.

Wichtig war allein, daß der Kandidat so auf die Titelseite der Zeitungen oder in die Abendnachrichten des Fernsehens gelangte.

Dem Einfallsreichtum der Strategen waren dabei keine Grenzen gesetzt. Für Reagan wurde während einer „Siegestour in seinem Heimatstaat" Illinois am Eureka-College eine Begegnung mit Ralph („Mac") McKinzie, 86, arrangiert. Der Alte hatte einst als Football-Trainer den jungen „Dutch" Reagan gedrillt. Die Wiedersehensszene rührte wie ein Hollywood-Happy-End, landesweit.

Reagans Manager ließen ihren Kandidaten an einem Vormittag (in Bergmannskluft natürlich) in eine Zeche einfahren, auf einer Farm mit einem Ferkel im Arm posieren und am Grabe Lincolns die Nase einer Büste des großen Präsidenten reiben — was Glück bringen soll.

Bei solchen Auftritten sah der Alt-Star Reagan stets besser aus als der steife Carter. Und seine Erfahrung mit den Medien sicherte ihm vielleicht auch ein paar Punkte in der ansonsten höchst sterilen und langweiligen Fernsehkonfrontation der beiden am Dienstag vor der Wahl.

Zwar wußte Carter in der Debatte mehr Fakten zu zitieren, argumentierte er besser. Aber „als Bildschirm-Persönlichkeit", so der Fernsehkritiker der „Washington Post", wirkte er „kühl, distanziert", während Reagan „mehr Wärme und Spontaneität ausstrahlte".

Zwischen 100 und 120 Millionen Amerikaner sahen sich die Debatte an, schalteten sich zumindest zu Anfang ein. An die Wahlurnen, das war klar, würden erheblich weniger gehen; die Show sprach niemanden an, es gab nicht einmal ein großes Finale.

Froh konnte man lediglich darüber sein, daß „das Jahr des Anti-Helden in der amerikanischen Politik" („Newsweek") endlich zu Ende ging.

USA/PERSIEN

Geiseln gegen Geld

Die Freigabe der gesperrten iranischen Guthaben in den USA, die Teheran für die Freilassung der US-Geiseln forderte, kann Washington Milliarden kosten.

Henry Harfield, Partner der angesehenen und einflußreichen New Yorker Rechtsanwaltskanzlei „Shearman & Sterling", ist das, was man in Amerika „big gun", ein schweres Kaliber, nennt. Der Streitwert seiner Fälle geht gelegentlich in die Hunderte von Millionen.

Ausländische Regierungen, Banken oder Potentaten sind seine Klienten oder Gegner. Beinahe regelmäßig auch zeichnen sich seine Verfahren durch besondere Verzwicktheit aus.

Die jüngste Aufgabe aber übertrifft alles, was der Routinier bisher erlebt hat. „Dieser Auftrag", meinte der Jurist letzte Woche, „wird wohl auch noch meinen Enkel beschäftigen."

Der Fall: Harfield und Partner vertreten die Chase Manhattan Bank des David Rockefeller gegen die Revolutionsregierung des Ajatollah Chomeini. Ihr Auftrag: Sie sollen verhindern, daß die Bank auch nur einen Dollar ihrer aus den Tagen des Schah Reza Pahlewi stammenden, mindestens 500 Millionen schweren iranischen Vermögenswerte verliert.

Seit langem schon studieren Harfield und ein paar Dutzend andere Topanwälte aus den großen Wirtschaftskanzleien des Landes das monatelange, Amerika demütigende Katz-und-Maus-Spiel Teherans mit Washington über die Freilassung der 52 US-Geiseln.

Sie interessieren sich vor allem für eine Frage: Was geschieht mit den acht Milliarden Dollar (15 Milliarden Mark), die der iranische Staat vor der Geiselnahme in Amerika parkte und die am 14. November 1979, wenige Tage nach dem Sturm auf die US-Botschaft in Teheran, durch einen Erlaß der amerikanischen Regierung eingefroren wurden.

Auf diese Milliarden haben es die Anwälte abgesehen. Sie wollen verhindern, daß die Gelder das Land verlassen — auch wenn sie, wie Chomeini für den Fall der Geisel-Freilassung verlangte, vom US-Präsidenten freigegeben würden und der auf alle US-Ansprüche gegen Persien verzichtete.

Die Aussichten, das Persergeld für Amerikaner zu beschlagnahmen, stehen nicht schlecht.

Unbestritten ist, daß Carter die Guthaben Teherans sperren durfte: Der 1977 verabschiedete „International Emergency Economic Powers Act" gibt ihm das Recht, bei einem „nationalen Notfall" mit den Guthaben anderer Länder beinahe nach Belieben zu verfahren. Einzige Bedingung: „Die Bedrohung muß unüblich und außergewöhnlich sein." Und kein Jurist bestreitet, daß der Präsident mit einem Feder-



Iranische Bank in New York: „Die Perser werden enttäuscht sein"